

Die Entwicklung der politischen Landschaft  
in der Steiermark am Fallbeispiel der Liberalen  
der sechziger und frühen siebziger Jahre  
des 19. Jahrhunderts\*

Von Edith Marko-Stöckl

Ende Dezember 1860 gelang es einer Gruppe von Personen, innerhalb von nur vier Wochen den Wahlkampf zu den kurzfristig angesetzten Grazer Gemeinderatswahlen<sup>1</sup> nicht nur zu organisieren, sondern auch zu dominieren: ein Comité von 39 Personen<sup>2</sup> wandte sich mit einem Wahlaufuf und der Einladung zu einer Wählerversammlung sowie auch einem Programm an die Grazer Wahlberechtigten, um „den Wahllact in freie und geordnete Bahnen zu leiten und dem Resultate, ohne die Freiheit der Wahl im Mindesten zu beirren, den Stempel ihres Programmes aufzudrücken“<sup>3</sup>. Der gleiche Vorgang wiederholte sich anlässlich der Ausschreibung der Landtagswahlen im März 1861. Ein mit diesem ersten Comité in hohem Maß identisches 18köpfiges Comité<sup>4</sup> richtete einen Wahlaufuf (ebenfalls mit der Einladung zu einer Wählerversammlung) an die Wähler von Graz und Graz-Umgebung.

\* Der hier vorgelegte Beitrag ist Teilergebnis eines im Rahmen und vom Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung durchgeführten und unterstützten Forschungsprojekts unter der Leitung von Univ.-Prof. Alfred Ableitinger.

<sup>1</sup> Vgl. dazu besonders Alfred Ableitinger/Edith Marko-Stöckl/Karl Stocker, *Frühe Konturen einer politischen Landschaft. Die Gemeindevertretungswahlen von 1861 in der Steiermark*, in: Herwig Ebner/Horst Haselsteiner/Ingeborg Wiesflecker-Friedhuber (Hg.), *Geschichtsforschung in Graz. FS z. 125-Jahr-Jubiläum des Instituts für Geschichte der Karl-Franzens-Universität Graz*, Graz 1990, S. 495–517.

<sup>2</sup> Moritz von Franck, Graf Gleispach, F. Gottinger, J. Gottinger, Johann Grabuschnigg, J. Haime, Johann Hannack, Moritz von Kaiserfeld, Dr. Josef von Kaiserfeld, Johann Kleinoscheg, Georg Koch, Josef Körösi, Josef Graf Kottulinsky, Peter Lang, C. G. Ritter v. Leitner, Dr. Karl Leyrer, Wilhelm Ritter von Martini, Prof. Dr. Michel, Valentin Morandini, Anton Nedwed, Christof Odörfer, Carl Ohmeyer, Dr. Josef Potpeschnigg, Dr. Carl Rechbauer, Julius Reininghaus, Franz Rieckh, Ludwig Roxer, Prof. Gustav Schreiner, Dr. Carl Steiner, Philipp Schweighofer, Leopold Stramitzer, Georg Strohschneider, Josef Vonih, Dr. Anton Wasserfall, Simon T. Werner, H. Wilhelmini, Nikolaus Wunder, Dr. Zaruba und Anton Zeiller. *Tagespost*, Nr. 298 (A), 27. Dezember 1860.

<sup>3</sup> *Tagespost*, Nr. 59, 27. Dezember 1860

<sup>4</sup> Moritz von Franck, Graf Gleispach, Dr. Josef von Kaiserfeld, Moritz von Kaiserfeld, Georg Koch, Josef Körösi, Josef von Neupauer, Dr. Carl Rechbauer, Peter und Julius Reininghaus, Franz Rieckh, Dr. Franz Dissauer, Dr. Franz Hirschhofer, Johann Paul Pauer, Dr. Josef Potpeschnigg, Josef Schlegl, Prof. Gustav Schreiner und F. M. Stocklasa. *Tagespost*, 10. März 1861; *Telegraf*, Nr. 61, 10. März 1861.

Trotz des politikfeindlichen Klimas des auslaufenden Neoabsolutismus hatten sich also innerhalb kürzester Zeit zwei (teilweise identische, elf Personen gehörten beiden an) Comités gebildet, die diese Frühform eines „Wahlkampfes“ organisierten und die Wahlberechtigten sowohl zur Teilnahme an den Wahlversammlungen als auch zur Ausübung des Wahlrechts motivierten.

### Faktoren der Gruppenbildung

Eine Untersuchung der Ausbildung der politischen Landschaft in dieser frühen Phase des konstitutionellen Lebens in der Steiermark wirft gerade im Zusammenhang mit diesen beiden Comités eine Reihe von Fragen auf, vor allem aber, ob es sich bei diesen um den Typus der (liberalen) Honoratioren-Partei, also einen im Sinne von Max Weber<sup>5</sup> nur kurzfristigen und lockeren, allein auf die bevorstehenden Wahlen ausgerichteten Zusammenschluß von Persönlichkeiten aus dem Bereich von „Besitz und Bildung“, den für die politische Repräsentation auf allen Ebenen charakteristischen Kriterien, handelt.

Die Politik der „Liberalen“ der sechziger und frühen siebziger Jahre in der Steiermark (und teilweise auch über diese hinaus) wurde von fünf Personen maßgeblich beeinflusst: Moritz von Franck (1814–1895), Carl Graf Gleispach (1811–1888), Moritz von Kaiserfeld (1811–1885), Dr. Carl Rechbauer (1815–1889) und Dr. Carl Stremayr (1823–1904). Um diesen **Kristallisationspunkt** herum ist ein weiterer Kreis mit Dr. Josef von Kaiserfeld (1804–1882), Dr. Josef von Neupauer (1806–1902), Franz Xaver Hlubek (1802–1880), Dr. Anton von Wasserfall (1808–1871), Dr. Johann Fleckh (1822–1876) und Prof. Gustav Schreiner (1793–1872), dem Doyen der steirischen Politik, anzusiedeln. Hinzu kommt die Elite des steirischen Wirtschaftslebens, angeführt vom späteren Präsidenten der Grazer Handels- und Gewerbekammer Franz Rieckh (1816–1881), mit Georg Koch, Josef Körösi (1811–1868) und Peter Reininghaus (1818–1901). Sie alle gehörten 1860/61, mit Ausnahme Stremayrs, der sich auf Grund einer lebensgefährlichen Typhuserkrankung weder politisch äußern noch aktiv am Wahlkampf beteiligen konnte,<sup>6</sup> einem oder sogar beiden Comités an. Sowohl als Gruppe als auch als Einzelpersonen ist dieser personelle Kern in allen maßgeblichen Comités und Organen vertreten und dominiert damit die Formulierung und Durchsetzung politischer Vorstellungen. Daneben sind einzelne von ihnen als „Ideologen“ durch die Abfassung von Wahlaufrufen und Programmen sowie durch kommentierende Zeitungsartikel auch programmatisch führend tätig.

Wie kam es nach der zehnjährigen „Nacht, in der die Dunkelmänner regierten“ (so der spätere Landtagsabgeordnete Bartholomäus Carneri)<sup>7</sup> zur Ausbildung dieser politischen Elite, die mit den Wahlaufrufen – beide stammten von Moritz von Kaiserfeld<sup>8</sup> – gleichsam den „offiziellen Wahlkampfauftakt“ gab und in den neugewählten Repräsentationskörperschaften auch die Spitzenpositionen einnahm?

<sup>5</sup> Max Weber, *Politik als Beruf*, in: Johannes Winckelmann (Hg.), *Gesammelte politische Schriften*, 4. Aufl., Tübingen 1980, S. 505–560.

<sup>6</sup> Carl von Stremayr, *Erinnerungen aus dem Leben*, Wien 1899, S. 37 f.

<sup>7</sup> Johann Zenz, *Bartholomäus von Carneri als Politiker*, phil. Diss. Wien 1948, S. 65 f. Carneri gehörte seit den vierziger Jahren zum Freundeskreis um Anton Alexander Graf Auersperg (Anastasio Grün), dem Onkel seiner späteren Frau. Vgl. a. a. O., S. 5.

<sup>8</sup> Franz von Krones, *Moritz von Kaiserfeld. Sein Leben und Wirken als Beitrag zur Staatsgeschichte Oesterreichs in den Jahren 1848 bis 1884*, Leipzig 1888, S. 168 f.

Fragen nach der Kohärenz dieser Personengruppe(n) müssen neben den gruppenkonstituierenden Elementen, ihrer Binnenstruktur, den politischen Innen- und Außenbeziehungen auch ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verflechtungen berücksichtigen. Gemeinsame politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Interessen bildeten die Strukturen, die zu einer dauerhaften und einflußreichen Koalition von liberalem Großgrundbesitz einerseits sowie Besitz- und Bildungsbürgertum andererseits führten. Über dieses allgemeine Prinzip politischer Gruppenbildung hinaus sind gerade jene Faktoren, die den inneren subjektiven Zusammenhalt dieser teilweise bis in die achtziger Jahre hinein politisch so einflußreichen Gruppierung bilden, weitaus schwieriger zu fassen. So bildeten sowohl die gemeinsame Erfahrung der Jahre 1848 bis 1850 wie auch ein teilweise sich daraus erst entwickelndes enges Geflecht persönlicher Beziehungen, das nur schwer zu rekonstruieren ist, zusätzliche Faktoren der Kohärenz.

#### 1. Die gemeinsame Erfahrung der Jahre 1848/49

Von wenigen Ausnahmen abgesehen bedeutete das Jahr 1848 für alle der oben Genannten den Eintritt in die aktive Politik. Einzig Carl Graf Gleispach und Moritz von Franck hatten schon dem ständischen Landtag angehört. Als Landtagsabgeordnete und Mitglieder des ständischen Ausschusses hatten sie bereits am 18. März zwei Anträge auf – wenigstens provisorische – Ausweitung des Landtages durch Repräsentation des Bürger- und Bauernstandes eingebracht, wohl auch, um damit zu einer Beruhigung der ländlichen Bevölkerung beizutragen.<sup>9</sup> Zur Vorberatung der drei wichtigsten Landesangelegenheiten, nämlich der Urbarialablösung sowie der Ausarbeitung einer Gemeinde- und Landesordnung, setzte die Ständeversammlung eine durch Vertreter der (noch) nicht im Landtag vertretenen Stände<sup>10</sup> verstärkte Kommission ein. So gehörten u. a. Dr. Josef von Kaiserfeld und Dr. Gustav Schreiner dem Comité zur Ausarbeitung einer Landesverfassung, Moritz von Franck und Dr. Wasserfall dem Comité für die Gemeindeordnung sowie Prof. Hlubek, Graf Gleispach und Franz Ritter von Kalchberg (1807–1890) dem Comité für die Urbarialablösung an.<sup>11</sup> Sie alle hatten nicht nur (unterschiedlichen) Anteil an den Grazer Ereignissen von 1848, sondern wurden bei den Wahlen dieses Jahres – Provisorischer Landtag, Frankfurter Nationalversammlung und Konstituierender Reichstag – zumindest in eine dieser Repräsentationskörperschaften gewählt. Sie gehörten entweder einflußreichen und maßgebenden Comités an (wie z. B. dem „Comité zur Bewaffnung der National-Garde“ vom 17. März,<sup>12</sup> dem [zweiten] von Statthalter Wickenburg im Oktober eingesetzten

<sup>9</sup> F. A. Gatti, *Die Ereignisse des Jahres 1848 in der Steiermark*, Graz 1850, S. 8–17; Franz Ilwof, *Der provisorische Landtag des Herzogthums Steiermark im Jahre 1848*, in: *Forschungen zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der Steiermark*, Bd. 4/2, 1901, S. 14–16.

<sup>10</sup> Insgesamt wurden acht nichtständische Mitglieder aufgenommen: zwei aus den „verfassungsmäßigen Vertretern der landesfürstlichen Städte und Märkte, vier durch die gemeinschaftliche Wahl des Bürger- und Gemeindeausschusses und der Viertelmeister [von Graz]“ sowie ein Vertreter der Universität; ein zweiter Vertreter der Universität wurde schließlich auf Ersuchen des akademischen Senats aufgenommen. Gatti, S. 90.

<sup>11</sup> Ilwof, *Landtag*, S. 21.

<sup>12</sup> Diesem gehörten u. a. Georg Koch, Prof. Hlubek, Prof. Schreiner und Dr. Wasserfall sowie Dr. Rechbauer (als Obmann) an. Gatti, S. 30 f.

„Comité zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit, und zur Wahrung der Volksrechte“<sup>13</sup>) oder waren in der National-Garde als Stadtviertelbefehlshaber tätig.<sup>14</sup> Prof. Schreiner, der neue Redakteur der „Grazer Zeitung“<sup>15</sup>, wurde zum Chef der Akademischen Legion gewählt. Der spätere Landtagsabgeordnete und Präsident der Advokatenkammer Dr. Wasserfall gehörte nicht nur den wichtigsten Comités des Jahres 1848 an, sondern war auch der Verfasser der Petition der Vorstände der Gemeinde Graz vom 15. März an den Ständischen Landtag. In dieser wird neben einer „ausgebreiteten“ Landesrepräsentation und einer freien Kommunalverfassung u. a. auch die Pressefreiheit und eine Reduktion der direkten und indirekten Steuern sowie der Gemeindeumlagen gefordert.<sup>16</sup>

Innerhalb von nur acht Wochen, zwischen Anfang Mai und Ende Juni, wurden drei Wahlen durchgeführt. Die politisch völlig unerfahrenen Wahlberechtigten respektive Wahlmänner mußten erstmals und innerhalb kürzester Zeit geeignete Kandidaten finden. Anlässlich der Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung (Anfang Mai) als auch zum Konstituierenden Reichstag (Ende Juni) wurden von verschiedenen Comités<sup>17</sup> und Vereinen<sup>18</sup> Kandidaten genannt bzw. präsentierten Bewerber sich selbst als Kandidaten. Inwieweit der von der Universität anlässlich der Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung geäußerte Vorschlag, Wahlcomités über die Filialen der Landwirtschaftsgesellschaft zu gründen,<sup>19</sup> verwirklicht wurde, ist unbekannt. Immerhin wurden aber einige prominente Mitglieder der Landwirtschaftsgesellschaft bzw. Vorsteher von Filialen, wie Moritz von Franck, Moritz von Kaiserfeld und Prof. Hlubek, in die Frankfurter Nationalversammlung gewählt. Wie überhaupt nur wenige „lokale Persönlichkeiten“, sprich soziale und politische „Nobodies“, gewählt wurden. Zu dieser Gruppe „prominenter Politiker“, die sowohl durch die Verhandlungen des Verstärkten Landtages als auch die Geschehnisse der Monate März bis Mai sicherlich weit über die politisch interessierten Kreise von Graz hinaus bekannt geworden sind, zählen weiters Franz Ritter von Kalchberg und der Chef der Akademischen Legion Prof. Schreiner. Für einen jungen, völlig unbekanntem, gerade fünfundzwanzigjährigen Juristen bedeuteten

diese Wahlen den Start zu einer langen, erfolgreichen Karriere, die ihn bis ins Kultusministerium führen sollte: Dr. Carl Stremayr. Zwar hatte er bereits zu Beginn der Revolution, nach eigenen Angaben vor allem des Honorars wegen, eine wenig beachtete politische Flugschrift „verbrochen“, doch war er letztlich von der Baronin Gudenus (in deren Diensten er als nebenberuflicher Hauslehrer stand und deren Nichte er später heiraten sollte) seinem ehemaligen Lehrer Prof. Muchar als Kandidat empfohlen worden. Durch einen Artikel Muchars in der „Grazer Zeitung“ war er schließlich den Wählern des Wahlbezirkes Kindberg als geeigneter Kandidat vorgestellt worden.<sup>20</sup>

Während der Großteil der in die Frankfurter Nationalversammlung Gewählten entweder als Abgeordnete des Ständischen Landtages (Franck, Kalchberg) oder durch ihre unterschiedliche Beteiligung an den Ereignissen der Revolution bereits über konkrete politische Erfahrung verfügten, rekrutierte sich das Gros der in den Konstituierenden Reichstag Gewählten vorwiegend aus lokalen politischen „Newcomers“, dies, obwohl mehrere Comités eine Reihe prominenter Kandidaten, von denen schließlich aber nur drei gewählt wurden, genannt hatten.<sup>21</sup> Daher verfügten nur wenige der steirischen Abgeordneten, wie etwa Graf Gleispach<sup>22</sup> und Ferdinand Ritter von Thinnfeld (beide als ständische Verordnete), über konkrete politische Erfahrung. Einen weiteren Faktor stellt der unterschiedliche Bildungsgrad dar: wurden in die Paulskirche vorwiegend Juristen und Universitätsprofessoren gewählt, so ist der Anteil der Intelligenz unter den steirischen Abgeordneten zum Konstituierenden Reichstag bedeutend geringer.<sup>23</sup> Nach der bereits erfolgten Aufhebung der Robot sowie der meisten Urbariallasten ließ das Interesse der Bauernschaft an politischer Partizipation wieder nach. Dies zeigt sich in der geringeren Wahlbeteiligung von seiten der Landbevölkerung.<sup>24</sup> So wurde zwar kein einziger Bauer, aber eine Reihe (klein)städtischer Gewerbetreibender, wie z. B. zwei Wirte oder ein Färber, gewählt. Hinzu kommen einige „Bürger“ ohne nähere Berufsbezeichnung.<sup>25</sup> Dementsprechend pessimistisch äußerte sich etwa auch Moritz von Kaiserfeld, der die Verhandlungen des Reichstages publizistisch kommentierte und von einer „verunglückten“ Wahl von Leuten, „die viel kleineren Aufgaben, als [es] die Konstituierung Oesterreichs ist, – nicht gewachsen sind“, spricht.<sup>26</sup> Tatsächlich dürfte die Akzeptanz der Abgeordneten des Konstituierenden Reichstages längerfristig gering gewesen sein. Im Unterschied zu einer Reihe von Abgeordneten

<sup>13</sup> Ihm gehörten u. a. die späteren Landtagsabgeordneten Aichmayr und Fleckh, Dr. Rechbauer, Franz von Kalchberg, Körösi und Dr. Wasserfall an. Gatti, S. 272 f.

<sup>14</sup> Franck und Körösi.

<sup>15</sup> Er übernahm am 16. März die Redaktion der „Grazer Zeitung“. Nach seiner Wahl nach Frankfurt übernahmen seine Söhne Moritz und Adolf die Redaktion, doch legten sie die Schriftleitung bereits am 30. Juli wegen Unstimmigkeiten mit dem Verlag wieder zurück. Vgl. Heinrich Paul Kovacic, Das Grazer Pressewesen und die ersten Jahre der „Tagespost“ 1856–1866, phil. Diss. Graz 1975, S. 7.

<sup>16</sup> Ähnliche Forderungen wurden auch in der am selben Tag ebenfalls an den Landtag gerichteten, von Dr. Vinzenz von Emperger und Titus Marek verfaßten Adresse der Bürgerschaft der Landeshauptstadt Graz vorgebracht, zusätzlich u. a. jedoch das Steuerbewilligungsrecht und die Teilnahme an der Gesetzgebung durch den nach Kopfzahl und Steuerleistung gewählten Landtag sowie die Ministerverantwortlichkeit. Vgl. Gatti, S. 10–13.

<sup>17</sup> Z. B. „Mehrere Vaterlandsfreunde“ anlässlich der Frankfurter Wahlen, die u. a. die späteren Abgeordneten Franck, Hlubek, Moritz von Kaiserfeld, Franz Ritter von Kalchberg und Prof. Schreiner nominierten. Vgl. Gatti, S. 143 f.

<sup>18</sup> Anlässlich der Wahlen zum Konstituierenden Reichstag nominierte der „Konstitutionelle Verein“ u. a. Graf Gleispach, Moritz von Kaiserfeld und Dr. Rechbauer, der „Deutsche Verein“ u. a. Dr. Fleckh; von beiden Vereinen wurde auch Dr. Wasserfall genannt. Vgl. Gatti, S. 219.

<sup>19</sup> Gatti, S. 137 f.

<sup>20</sup> Stremayr, Erinnerungen, S. 18 f.

<sup>21</sup> Siehe oben.

<sup>22</sup> Gleispach hatte im Wahlbezirk Feldbach nur knapp gegen einen Bauern gewonnen. Zum Abbau der dadurch entstandenen Mißstimmung versprach Gleispach, seinen unterlegenen Gegenkandidaten auf eigene Kosten mit nach Wien zu nehmen, um diesem dort Einblick in das parlamentarische Leben zu ermöglichen. Vgl. Roman Rosdolsky, Die Bauernabgeordneten im konstituierenden österreichischen Reichstag 1848–1849, Wien 1976, S. 51 f.

<sup>23</sup> Dennoch wurden in der Steiermark, aber auch in Böhmen und Tirol im Vergleich zu den übrigen Kronländern noch immer relativ viele Beamte, als Vertreter der Intelligenz, gewählt. Vgl. Gabriele Asmera, Der Reichstag 1848 in Wien und seine politischen Gruppierungen, phil. Diss. Wien 1985, Bd. 1, S. 43 f.

<sup>24</sup> Vgl. Rosdolsky, S. 49 f.

<sup>25</sup> Im Unterschied zu Gatti führt Rosdolsky unter den Gewählten zwei Bauern und sechs „Bauernkandidaten“ an (S. 229). Ebenso zwei Bauern unter den steirischen Abgeordneten zum Konstituierenden Reichstag führt Asmera (S. 180) an. Sämtliche der bei Asmera und Rosdolsky als Bauern Angeführten werden aber von Gatti entweder als „Bürger“ oder mit gewerblichen Berufen bezeichnet (S. 220 f.).

<sup>26</sup> Krones, S. 74 f.

der Frankfurter Nationalversammlung und des Provisorischen Landtages, die sich auch nach 1860 wieder politisch betätigten und vielfach in die verschiedenen Repräsentationskörperschaften gewählt wurden, gelang dies von den Abgeordneten zum Konstituierenden Reichstag nur Graf Gleispach.

Der höchste Grad an **Personenkontinuität** besteht bei den Abgeordneten der verschiedenen Landtage von 1848 – Ständischer, Provisorischer – bis 1861: 21 (inklusive Ersatzmänner) der ab 1861 in den Landtag Gewählten hatten bereits dem Provisorischen Landtag von 1848 angehört.<sup>27</sup> Allen drei Landtagen hatte Graf Gleispach angehört. Sowohl in den Provisorischen Landtag als auch in den Landtag von 1861 wurden u. a. Moritz von Kaiserfeld, Dr. Josef von Kaiserfeld<sup>28</sup>, Dr. Karl Rechbauer<sup>29</sup>, Josef von Neupauer und Dr. Anton von Wasserfall gewählt; Moritz von Franck hatte dem Ständischen Landtag angehört. Von den 1848 nach Frankfurt Gewählten gehörten nach 1861 dem Steirischen Landtag wiederum Moritz von Franck, Dr. Carl Stremayr, Prof. Hlubek, Franz von Kalchberg und Prof. Schreiner an.<sup>30</sup>

Die Landtagssitzungen des Jahres 1848 waren für viele Abgeordnete zur „Schule des Parlamentarismus“ geworden. In diesen wenigen Sitzungen hatten die Abgeordneten drei entscheidende Gesetze ausgearbeitet und verabschiedet, die dem Konstituierenden Reichstag zwar noch vorgelegt worden waren, von diesem aber nicht mehr verabschiedet wurden:<sup>31</sup> die Landesverfassung (mit einem relativ demokratischen, „breiten“ Wahlrecht), die Gemeinde-Ordnung (die bezüglich der selbständigen Verwaltung des Gemeindevermögens und die Teilung in einen eigenen und übertragenen Wirkungskreis vielfach sowohl die Bestimmungen des Provisorischen Gemeindegesetzes von 1849 als auch des Reichsgemeindegesetzes von 1862 vorwegnahm) und nicht zuletzt das Gesetz über die Urbarialablösung, das bereits Ende Juli fertiggestellt war, während der Kudlichsche Antrag im Reichstag erst am 12. August angenommen wurde. Darüber hinaus ging der steirische Entwurf detailliert auf die Entschädigungsfrage ein. Lange Zeit hatten sich die bäuerlichen Abgeordneten gegen jede Form von Entschädigung zur Wehr gesetzt.<sup>32</sup> Der geistige Vater dieses vom Provisorischen Landtag verabschiedeten Gesetzesentwurfs, Franz Ritter von Kalchberg, hatte bereits 1846 im ständischen Ausschuß einen Antrag zur Regelung der künftigen Grundentlastung und -ablösung eingebracht.<sup>33</sup> Der steirische Entwurf diente der Regierung damit als ideale Vorarbeit für das Patent vom 7. Sep-

<sup>27</sup> Weiters die Grafen Anton Lamberg, Wilhelm Kühnberg und Josef Kottulinsky; Franz Ritter von Kalchberg, Johann Ritter von Resingen, Dr. Josef Haffner, Dr. Karl Peintinger, Josef Hutter und Jakob Meßner als Abgeordnete sowie als Ersatzmänner Alfred Graf D'Avernas, Johann Pauer, Georg Koch, Wilhelm Wannisch, Ferdinand Berditsch und Andreas Tappeiner. Vgl. Ilwof, Landtag, S. 26–32.

<sup>28</sup> 1848 Ersatzmann im Herren- und Ritterstand.

<sup>29</sup> Als Ersatzmann für Dr. Vinzenz von Emperger gehörte er dem Provisorischen Landtag nur für die letzten drei Sitzungen an. Ilwof, Landtag, S. 138 f.

<sup>30</sup> Weiters Prof. Riedl und Hermann Mulley. Vgl. Hermann Niebour, Die Abgeordneten Steiermarks der Frankfurter Nationalversammlung, in: ZHVSt 10/1912, S. 247 ff.

<sup>31</sup> Ilwof, Landtag, S. 139 ff.

<sup>32</sup> So z. B. Moritz von Kaiserfeld in einem Brief an seine Frau, der er von den schlechten Aussichten für die Gutsbesitzer berichtet, da die „windischen Bauern“ keine Entschädigungen zahlen wollten. Siehe Stmk. LA, Familienarchiv Kaiserfeld, Sch. 13; Vgl. Ilwof, Landtag, S. 65 ff.

<sup>33</sup> Franz Ilwof, Franz Freiherr von Kalchberg. Sein Leben und sein Wirken im Ständewesen der Steiermark und im Dienste des Staates, o. O. 1897, S. 37 ff.

tember 1848 über die Aufhebung der Grunduntertänigkeit.<sup>34</sup> Auf der Grundlage des Entwurfs des Provisorischen Landtages arbeitete Kalchberg im März 1849 für Minister Stadion innerhalb von nur 48 Stunden ein Referat über die Grundentlastung aus.<sup>35</sup> Seine diesbezüglichen Erfahrungen bewogen letztlich auch Stadions Nachfolger Alexander Bach, Kalchberg zum Präsidenten der Steirischen Grundentlastungs-Kommission zu ernennen.

Mit dem Silvesterpatent von 1851 wurde der Schlußpunkt zu dieser kurzen konstitutionellen Phase gesetzt. Der erste Schritt dazu, die Auflösung des Reichstages, vor allem aber die Oktroyierung der Verfassung vom 4. März 1849, stieß auch in der Steiermark nicht nur auf Ablehnung. Moritz von Kaiserfeld, der im Jänner sein Mandat in Frankfurt angetreten hatte, stand der Oktroyierten Verfassung durchwegs positiv gegenüber und vertrat die Ansicht, daß der Kremsierer Reichstag sein Los verdient habe. Die Oktroyierte Verfassung biete, trotz mancher Mängel, „ein Maß an Freiheiten [...], von dem ich nur wünsche, daß die österreichischen Völker bei ihrer politischen Unreife und bei dem verschiedenen Bildungsgrade, der ihnen eigen, dasselbe auch vertragen mögen“. Wenn diese Verfassung auch nicht das Vollendetste sei, so müsse man doch mit ihr zufrieden sein.<sup>36</sup> Auf Einladung des Ministeriums ging Kaiserfeld daher im Juni 1849 gemeinsam mit Graf Gleispach nach Wien, um an der Ausarbeitung des Gesetzes zur Grundentlastung mitzuwirken.<sup>37</sup> Die anlaufende Reaktion zerstörte Kaiserfelds Hoffnungen, die Oktroyierte Verfassung blieb Papier, der Reichstag wurde niemals einberufen. Auch die relativ weit gediehene selbständige Verwaltung der Landesangelegenheiten durch die gewählten Landesvertretungen bzw. ihre Organe wurde wieder der Staatsverwaltung unterstellt. Mit Allerhöchster EntschlieÙung vom 30. Dezember 1849 mußte der vom Provisorischen Landtag gewählte Provisorische Landesausschuß<sup>38</sup> zurücktreten und die Geschäfte dem früheren ständischen Ausschußrat und Verordnetenkollegium übergeben. Zwar gehörten diesen nach wie vor Moritz von Franck, Graf Gleispach und Franz Ritter von Kalchberg an, doch hatten sie praktisch keine Kompetenzen und gerieten in die Abhängigkeit der Statthalterei. Ihnen stand nur mehr die Möglichkeit offen, der Regierung Meinungen und Wünsche des Landes kundzutun.<sup>39</sup> Graf Gleispach, der von seinem Freund Graf Stadion als Statthalter von Steiermark vorgesehen gewesen war, lehnte dieses Amt ab. Nachdem er 1851 einen Protest gegen die Aufhebung der Verfassung mitunterzeichnet hatte, wurde er von der Vertrauenskommission des Innenministers ausgeschlossen.<sup>40</sup>

Moritz von Kaiserfeld begleitete und kommentierte in einer Vielzahl von Zeitungsartikeln<sup>41</sup> sämtliche politische Ereignisse der Jahre 1848–1851, beginnend mit dem Artikel über die „Bezirksstraßen in Steiermark“ vom Jänner 1848, in dem er sich mit den „Urbarialnutzungen“ auseinandersetzte, bis hin zu den (bis 1859) letzten Artikeln vom Jänner 1850 über die „Landesverfassung“.

<sup>34</sup> Ilwof, Kalchberg, S. 55 ff.; siehe auch Stmk. LA, Familienarchiv Kalchberg.

<sup>35</sup> Stmk. LA, Familienarchiv Kalchberg, Sch. 3.

<sup>36</sup> Stmk. LA, Familienarchiv Kaiserfeld, Sch. 3; vgl. auch Krones, S. 93 ff.

<sup>37</sup> Krones, S. 444.

<sup>38</sup> Diesem gehörten u. a. Dr. Josef von Neupauer, Franz Ritter von Kalchberg und Dr. Anton von Wasserfall an. Vgl. Ilwof, Landtag, S. 109.

<sup>39</sup> Krones, S. 119.

<sup>40</sup> ÖBL II, S. 6 f.

<sup>41</sup> Vor allem in der „Grazer Zeitung“, aber auch in Kurandas „Grenzboten“. Eine detaillierte Aufstellung von Kaiserfelds Publizistik findet sich im Anhang von Krones.

Auf Grund der **Unabhängigkeit ihrer Einkommensverhältnisse** konnte sich der Großteil der politischen Akteure des Jahres 1848/49 nach 1850/51 problemlos ins Privatleben – wie Franck, Moritz von Kaiserfeld u. a. zumeist auf ihre Grundbesitzungen – zurückziehen. Graf Gleispach, als Präsident der Grundentlastungs-Fonds-Direktion,<sup>42</sup> und Franz von Kalchberg, als Präsident der steirischen Grundentlastungs-Kommission, übten weiter öffentliche Ämter aus. Kalchberg gehörte zu den wenigen einflussreichen Männern des Jahres 1848, die ihre politische Tätigkeit nach 1861 nicht mehr fortsetzen konnten. Sowohl der Versuch einer Kandidatur in der Städteturie (Graz)<sup>43</sup> als auch in der Kurie des Großgrundbesitzes<sup>44</sup> schlug fehl. Für viele Wähler blieb Kalchberg als Unterstaatssekretär im Finanzministerium ein Repräsentant der neoabsolutistischen Hochbürokratie und war damit „verdächtig“; seine Leistungen im Zusammenhang mit der Grundentlastung blieben unerwähnt. Auch ein im „Telegraf“ veröffentlichtes politisches „Glaubensbekenntnis“<sup>45</sup>, in dem Kalchberg seine liberale Gesinnung darlegte, blieb ebenso erfolglos wie die schriftliche Erklärung, eine etwaige Ernennung zum Landeshauptmann abzulehnen zu wollen.<sup>46</sup> Kalchberg wurde erst 1865, und dann nur für kurze Zeit, von der Kurie des Großgrundbesitzes in den Landtag gewählt. Andere, wie Rechbauer, Wasserfall und Josef von Kaiserfeld, konnten weiter ihren Beruf als Advokaten ausüben. 1849 war Wasserfall zusätzlich zum Dekan der Juridischen Fakultät und zum Rektor der Universität gewählt worden.<sup>47</sup> Ebenso wurde Gustav von Schreiner nach 1849 mehrmals zum Dekan der Juridischen Fakultät bzw. 1851/52 zum Rektor der Universität gewählt.<sup>48</sup>

„Opfer“ ihrer politischen Aktivitäten des Jahres 1848 wurden (neben Vinzenz von Emperger<sup>49</sup>) die beiden jungen Beamten Carl von Stremayr und Dr. Johann Anton Fleckh<sup>50</sup>. Stremayr kehrte nach der Abberufung der österreichischen Abgeordneten im April 1849 aus Frankfurt nach Graz zurück. Vom provisorischen Leiter des Guberniums<sup>51</sup> Marquet zur Rede gestellt („Sie wagen es, nach Ihrem Verhalten in der Paulskirche noch nach Oesterreich zurückzukehren?“<sup>52</sup>), konnte Stremayr eine Entlassung aus der Kammerprokuratorur nur durch die Berufung auf die seit Frankfurt bestehende persönliche Bekanntschaft mit Justizminister Schmer-

<sup>42</sup> ÖBL II, S. 6 f.

<sup>43</sup> Telegraf, Nr. 73, 26. März 1861 (Beilage).

<sup>44</sup> Telegraf, Nr. 75, 29. März 1861.

<sup>45</sup> Telegraf, Nr. 66, 17. März 1861.

<sup>46</sup> Telegraf, Nr. 75, 29. März 1861.

<sup>47</sup> Franz von Krones, Geschichte der Karl-Franzens-Universität in Graz. Festgabe zur Feier ihres dreihundertjährigen Bestandes, Graz 1886, S. 171.

<sup>48</sup> A. a. O., S. 152, 582 ff.

<sup>49</sup> Als Vertreter der Universität in den Provisorischen Landtag gewählt, wurde Vinzenz von Emperger, wohl die schillerndste Figur der Grazer Ereignisse des Jahres 1848, wegen seiner Teilnahme an den Wiener Oktoberkämpfen (nicht als Kämpfenden, sondern als Mitglied eines Ausschusses) zu 18 Jahren Kerker verurteilt. Nach seiner Begnadigung (1857) verschwand er von der politischen Bildfläche. Eine Kandidatur in der Landgemeindenkurie Judenburg anlässlich der Landtagswahlen von 1867 scheiterte kläglich. Ilwof, Landtag, S. 44 f., 136 f.; Telegraf, Nr. 15, 18. Jänner 1867; Tagespost, Nr. 20, 24. Jänner 1867.

<sup>50</sup> Landtagsabgeordneter der Städteturie Judenburg (1861–1875) und Mitglied des Landesausschusses (1867–1875) sowie Vertreter der Städteturie Bruck im Abgeordnetenhaus (1861–1867).

<sup>51</sup> Der liberale Gouverneur Graf Wickenburg war im November 1848 seines Amtes enthoben worden. Vgl. Gatti, S. 287 f.

<sup>52</sup> Stremayr, Erinnerungen, S. 29.

ling verhindern. Daneben führte Stremayr einige Monate lang die Redaktion der „Grazer Zeitung“ unter fremdem Namen. 1850 zum Staatsanwaltssubstitut ernannt, blieb Stremayr 1854 bei der Organisation der Gerichtsbehörden und Staatsanwaltschaften unberücksichtigt und wurde erst über die Intervention eines Freundes (bei kurzzeitiger Gehaltsreduktion) wieder eingestellt. Eine bei Stremayr geplante Hausdurchsuchung nach dem Original der in Frankfurt 1849 unterzeichneten Reichsverfassung (Stremayr war der Schriftführer der Paulskirche gewesen) konnte ebenfalls nur durch die Intervention eines Freundes verhindert werden.<sup>53</sup> Die endgültige materielle Sicherstellung brachte allerdings erst die Wahl in den Landesausschuß (1861).<sup>54</sup>

Noch schlechter erging es Stremayrs Schulfreund Dr. Johann Anton Fleckh,<sup>55</sup> der bei den Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung vom Wahlbezirk Weiz zum Ersatzmann für Prof. Gustav Schreiner gewählt worden war und während dessen Abwesenheit die Vorlesungen über politische Wissenschaften supplierte. Weiters fungierte er als Obmann des Ausschusses der Studentenschaft und gehörte dem „Comité zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ an. Ende 1848 erfolgte sein „freiwilliger“ Austritt aus der Kammerprokuratorur, Ende März 1849 wurde ihm die Lehrbefugnis entzogen.<sup>56</sup> Von Anton Ulm, dem Bruder des Grazer Bürgermeisters,<sup>57</sup> als Advokatskonzipient angestellt, wurde er bei der Besetzung von Advokatur- und Notariatsstellen bis 1860 immer wieder übergangen. Selbst 1861 noch wurde seine Wahl zum Landtagsabgeordneten durch die Städteturie Judenburg vom zuständigen Bezirksamt in einer ersten Charakteristik als „ungünstig“ bezeichnet, doch wurde die negative Beschreibung in einem weiteren Bericht wieder zurückgenommen. Der Verfasser habe nur ein Gerücht weitergegeben, ohne Fleckh persönlich zu kennen. Fleckh wird nun als „Mann des gemäßigten Fortschrittes und nicht der Umsturzpartei“ zugehörig bezeichnet.<sup>58</sup>

## 2. Persönliche Beziehungen

Das zwischen den politischen Akteuren bestehende persönliche Beziehungsgeflecht ist naturgemäß schwierig zu fassen. Seit Studienzeiten war Moritz von Kaiserfeld mit den Brüdern Eduard (dem späteren Hofrat) und Joseph von

<sup>53</sup> Ebd., S. 27 ff.

<sup>54</sup> Ebd., S. 39.

<sup>55</sup> Elfriede Harl, Dr. Johann Anton Fleckh. Ein Vorkämpfer für Großdeutschland, in: ZHVSt 35/1942, S. 85–103.

<sup>56</sup> Fleckh wurde (gemeinsam mit seinem Freund Jutmann, dem späteren Schwiegersohn Moritz von Horstigs) wegen seiner in den Märzereignissen gezeigten demokratischen Gesinnung angezeigt: Während sich selbst der Polizeidirektor für Fleckh einsetzte, war es in erster Linie Landespräsident Marquet, der ihre Entfernung von der Universität betrieb. Zu den nach Ansicht der verantwortlichen Stellen inkriminierenden Handlungen gehörten so die Mitgliedschaft im Demokratischen Verein sowie im Comité für Ruhe und Ordnung. Darüber hinaus habe Fleckh die Broschüre „Die Oktoberereignisse des Jahres 1848, dem steirischen Landvolk von einem Bauernsohne erzählt“ verfaßt, die nach kurzfristiger Beschlagnahme vom Grazer Preßgericht wieder freigegeben worden war. Vgl. Harl, Fleckh, S. 99.

<sup>57</sup> Dr. Johann Ulm, Grazer Bürgermeister von 1850 bis 1861. Vgl. Wilhelm Kienzl, Aus dem politischen Leben in Graz, in: BlfHK 38/1964, S. 124 f.

<sup>58</sup> Stmk. LA, Statth. präsi. 22-2914/1860.

Neupauer<sup>59</sup> befreundet. Eine enge persönliche Freundschaft verband Kaiserfeld seit 1848 mit Moritz von Franck.<sup>60</sup> Zu diesem 1848 entstandenen Freundeskreis zählten weiters Franz Freiherr von Kalchberg und Graf Gleispach. Mit einem weiteren Landespolitiker, Dr. Wilhelm Wannisch<sup>61</sup>, stand Kaiserfeld sogar in verwandtschaftlicher Beziehung, da dieser seine älteste Schwester geheiratet hatte.<sup>62</sup> Wenig bekannt ist hingegen über die persönlichen Beziehungen zwischen Moritz von Kaiserfeld und seinem (Halb-)Onkel Dr. Josef von Kaiserfeld.

Verwandtschaftliche Beziehungen bestanden weiters zwischen Dr. Carl Rechbauer und Dr. Moritz von Schreiner (1824–1911), dem nachmaligen Bürgermeister von Graz (1870–1873)<sup>63</sup>, die beide mit Töchtern von Gubernialrat Schweighofer verheiratet waren.<sup>64</sup> Die Familie Schweighofer zählte nicht nur zu den reichsten Grazer Bürgerfamilien, sondern gehörte auch zum Freundeskreis von Marie Pachler, die wohl den bekanntesten Grazer Salon zur Zeit des Vormärz und Neoabsolutismus führte. Auch im Hause Schweighofer selbst wurden immer wieder musikalisch-literarische Darbietungen veranstaltet (angeblich sogar mit Franz Schubert als wohl berühmtestem Gast).<sup>65</sup> Prof. Gustav Schreiner (Vater von Moritz), der 1848 nicht nur vom Wahlbezirk Weiz in die Deutsche Nationalversammlung<sup>66</sup> gewählt worden war, sondern auch dem Provisorischen Landtag angehörte und der erste Chef der Grazer Akademischen Legion war,<sup>67</sup> förderte als verantwortlicher Redakteur der „Grazer Zeitung“ die politische Karriere des damals blutjungen Dr. Carl Stremayr. Eine enge persönliche Freundschaft wiederum verband Carl Stremayr mit Moritz von Franck. So adressierte Franck in seinem regen Briefverkehr der Jahre 1869–1871 Stremayr oft als „Bruder Karl“<sup>68</sup>. Gemeinsame Schuljahre wiederum verbanden Stremayr mit Dr. Johann Anton Fleckh. Die beruflichen und damit auch existentiellen Probleme der beiden „politisch belasteten“ Freunde während des neoabsolutistischen Regimes wurden bereits oben erwähnt. Durch seine Heirat mit Madeleine Reddi, einer Kusine von Marie Pachler, dürfte Fleckh wohl auch Zugang zu deren Salon gehabt haben. Wenn auch selbst nicht in vorderster politischer Reihe stehend, so strahlten die vielfachen gesellschaftlichen Beziehungen des Moritz von Horstig (zeitweise Besitzer von Schloß Plankenwarth) sicherlich auch ins politische Leben der Steiermark aus. Mit Erzherzog Johann persönlich bekannt, war er auch mit Dr. Carl Rechbauer und Moritz von Kaiserfeld befreundet. Anzunehmen ist, daß sich die 1857 in einem

<sup>59</sup> Dr. Joseph von Neupauer gehörte dem Stmk. Landtag von 1861 bis 1889 an; 1870 zum Landeshauptmannstellvertreter gewählt, blieb er in dieser Funktion bis 1884. Als Vertreter des nichtlandständischen Gutsbesitzes hatte er bereits 1848 dem Provisorischen Landtag angehört.

<sup>60</sup> So stand Francks Fotografie mit einer eigenhändigen Widmung auf Moritz von Kaiserfelds Schreibtisch in Schloß Birkenstein. Vgl. Krones, S. 39 f.

<sup>61</sup> Der Advokat Wannisch hatte als Ersatzmann bereits dem Provisorischen Landtag von 1848 angehört. Als Abgeordneter der Städtekurie vertrat er von 1861 bis 1877 den Wahlbezirk Bruck im Landtag.

<sup>62</sup> Krones, S. 39 f.

<sup>63</sup> Heinz Gröger, 100 Jahre Grazer Bürgermeister, Graz 1968, S. 25 f.

<sup>64</sup> Tagespost, Nr. 5 (A), 5. Jänner 1889.

<sup>65</sup> Georg Locher, Der Salon Marie Pachlers – Ein Beitrag zur österreichischen Elitenforschung, phil. Diss. Graz 1990, S. 66 ff., 180 f.

<sup>66</sup> Wahlbezirk Weiz.

<sup>67</sup> Er stand bei seinen Studenten im Ruf „fast polizeiwidriger Freisinnigkeit“, vgl. Stremayr, Erinnerungen, S. 12.

<sup>68</sup> Paul Molisch, Briefe des Grazer Bürgermeisters Moritz Ritter von Franck an Karl von Stremayr, in: ZHVSt 24/1928, S. 113–123.

Polizeibericht verfaßte Charakterisierung „gefährliches, wenn auch nebenbei sehr vorzügliches Individuum“ vor allem auch auf Horstigs politische Einstellung bezieht. 1848 hatte er dem Provisorischen Landtag als Vertreter des nichtlandständischen Gutsbesitzes angehört,<sup>69</sup> 1861 wurde er vom „Telegraf“ – vergebens – als liberaler Kandidat für die Landgemeindenkurie (Stainz) vorgeschlagen.<sup>70</sup>

### 3. Berufliche und ökonomische Verflechtungen

Dieses vielschichtige Geflecht persönlicher Beziehungen wurde, vor allem nach 1860, auch auf das Berufs- und Wirtschaftsleben ausgedehnt. Ein Paradebeispiel für die mannigfache Verzahnung von Politik, Wirtschaft sowie Kultur- und Gesellschaftsleben ist Moritz von Kaiserfeld, Landeshauptmann von 1870 bis 1884. So gehörte er u. a. dem innerösterreichischen Gewerbeverein (seit 1839), der Stmk. Landwirtschaftsgesellschaft (1866 zum Präsidenten gewählt) und dem Historischen Verein für Innerösterreich (seit 1849; 1863 Wahl zum Vizepräsidenten des Historischen Vereins für Steiermark) an.<sup>71</sup> Des weiteren war er Mitglied (1860–1862) der Direktion der K. K. priv. innerösterreichischen wechselseitigen Brandschaden-Versicherungs-Anstalt.<sup>72</sup> Der Konkurs der 1869 unter dem Vorsitz von Landeshauptmann Graf Gleispach (1861–1870) gegründeten Allgemeinen Steirischen Creditbank<sup>73</sup> traf Kaiserfeld (wenn auch nicht materiell) so schwer, daß er kurzzeitig sogar an ein Ausscheiden aus der Politik dachte.<sup>74</sup> Dr. Moritz von Schreiner, der wie Kaiserfeld dem Vorstand der Allgemeinen Steirischen Creditbank angehörte, gründete 1871 gemeinsam mit Dr. Wilhelm Kienzl, dem späteren Grazer Bürgermeister, und Moritz von Franck die „Steirische Baugesellschaft“<sup>75</sup>. Daneben war Moritz von Schreiner auch als Rechtskonsulent der K. K. priv. innerösterreichischen wechselseitigen Brandschaden-Versicherungs-Anstalt (1863–1872) tätig,<sup>76</sup> deren Direktion neben Dr. Josef von Neupauer eine Reihe weiterer Landtagsabgeordneter angehörten.<sup>77</sup> Wie Neupauer gehörte u. a. auch Moritz von Franck dem Central-Ausschuß der Stmk. Landwirtschaftsgesellschaft an, für die Franz Xaver Hlubek, Professor der Landwirtschaft am Joanneum und von 1861 bis 1866 Landtagsabgeordneter der Landgemeindenkurie Irnding, über lange Jahre als Sekretär tätig war.<sup>78</sup> 1848 hatte er den Wahlbezirk Graz-Umgebung in Frankfurt vertreten. Auch in der Advokatenkammer nahm dieser Personenkreis die führenden Positionen ein. So wurde 1860/61 Dr. Wasserfall zum Präsidenten und Dr. Josef

<sup>69</sup> Max Dobliger, Die Horstig in Steiermark, in: BlfHK 10/1932, S. 90–98.

<sup>70</sup> Telegraf, Nr. 64, 15. März 1861.

<sup>71</sup> Stmk. LA, Familienarchiv Kaiserfeld, Sch. 6.

<sup>72</sup> Franz Ilwof, Geschichte der wechselseitigen Brandschaden-Versicherungs-Anstalt in Graz von 1829 bis 1878, Graz 1879, S. 93.

<sup>73</sup> William H. Hubbard, Auf dem Weg zur Großstadt. Eine Sozialgeschichte der Stadt Graz 1850–1914, Wien 1984, S. 61 ff.

<sup>74</sup> Krones, S. 350 f.

<sup>75</sup> Hubbard, S. 60 f.

<sup>76</sup> Ilwof, Brandschaden-Versicherungs-Anstalt, S. 94.

<sup>77</sup> Arnold Plankensteiner, Johann Paul Pauer, Friedrich Graf Attems, Dr. Ferdinand Portugall, Johann Pairhuber u. a. Vgl. Ilwof, Brandschaden-Versicherungs-Anstalt, S. 91 ff.

<sup>78</sup> Adreßbuch der Landeshauptstadt Graz und Geschäfts-Handbuch für Steiermark. Auf Grundlage ämtlicher Quellen bearb. u. hg. von Franz Bernhard Becker, Graz 1862, S. 304.

von Kaiserfeld zu seinem Stellvertreter gewählt. Dem Ausschuß gehörten u. a. Dr. Carl Rechbauer und Dr. Johann Ulm an.<sup>79</sup>

Besonders intensiv war die Verknüpfung dieses Personenkreises mit der Steiermärkischen Sparkasse: als Obervorsteher bzw. Präsidenten standen Dr. Josef von Neupauer (1851–1858) und Moritz von Franck (1858–1861 sowie 1885–1895) an ihrer Spitze. Weiters gehörten Franz Freiherr von Kalchberg, Moritz von Kaiserfeld, Georg Koch, Karl Graf Gleispach, Dr. Karl Rechbauer und Dr. Karl von Stremayr sowohl dem Ausschuß als auch der Direktion an, während Dr. Josef von Kaiserfeld als Rechtskonsulent der Steiermärkischen Sparkasse tätig war.<sup>80</sup> Diese enge Verbindung von Politik und Wirtschaft brachte die führenden Liberalen 1867 ins Kreuzfeuer der Kritik. Der Steiermärkischen Sparkasse wurde von seiten der Presse (vor allem durch den „Telegraf“) zum Vorwurf gemacht, daß sie weniger der Wohltätigkeit als vielmehr der „Vermehrung des Kapitals ihrer Teilnehmer“ diene. Zusätzlich wurde ihr Nepotismus bei der Besetzung der oberen Verwaltungsstellen vorgeworfen, wobei sich dieser Vorwurf in erster Linie gegen den Landtagsabgeordneten Dr. Baltl richtete.<sup>81</sup> Hinzu kamen Vorwürfe über die Verschleppung von Darlehensanträgen. Die öffentliche Kritik veranlaßte schließlich sogar den Landesausschuß, obwohl einige seiner Mitglieder selbst der Steiermärkischen Sparkasse angehörten,<sup>82</sup> ein „nicht schmeichelhaftes Monitorium“ an diese zu richten.<sup>83</sup> Auf die drohenden Rückwirkungen dieser zweifelhaften Verflechtung von Politik und Wirtschaft auf die „liberale Partei“ wies auch der „Telegraf“ hin:

„Zum Schlusse geben wir den Herren, die sich zu der *liberalen Partei* zählen, zu bedenken, welchen Schaden sie durch ein solches vornehmthuende Gebahren, [...] ihrer Partei im Vertrauen der Bevölkerung zufügen. Nur *liberal nach Oben* und nicht zugleich nach Unten sein, pflegt jene *Pseudoliberalen* zu charakterisieren, die auf alle Freiheit vergessen, sobald sie ihre eigenen Interessen berührt. Mögen sich die Herren, welche eine Gott sei Dank nur wenig überwiegende Majorität in der Verwaltung der Sparkasse bilden, nicht dem Scheine aussetzen, mit solchen Pseudoliberalen zu sympathisieren!“<sup>84</sup> Zwar wurde ein Reformkomitee eingesetzt, dem u. a. Moritz von Franck, Dr. Stremayr und Dr. Josef von Kaiserfeld angehörten,<sup>85</sup> doch wurde die Steiermärkische Sparkasse weiterhin als Domäne der Liberalen angesehen, die es galt, vor allem gegen den Einfluß katholisch-konservativer Kräfte, etwa durch die Wahl der „ultramontanen“ Freiherrn Call und Buol, zu verteidigen, „[...] weil es sonst leicht geschehen könnte, daß ein überwiegend bigotter Ausschuß Vorkehrungen trifft, die sich für die Anstalt wenig ersprießlich erweisen“.<sup>86</sup> Zwar gehen

<sup>79</sup> Tagespost, Nr. 275, 28. November 1860.

<sup>80</sup> Wilhelm Kaiserfeld/Heinrich Poschacher, Die Steiermärkische Sparkasse 1825–1925, Graz 1924.

<sup>81</sup> „Doch nicht die Lorbeeren, die er sich als Abgeordneter erworben hat? Alle Welt glaubt an die Berechtigung des Vorwurfs, daß man nämlich nur den persönlichen Wünschen und Interessen der bereits an der Leitung der Anstalt Beteiligten Rechnung trage, daß mit einem Wort bei aller Liberalität, zu der man sich nach Oben bekennt, nach Unten Kameraderie und Nepotismus, den Ausschlag geben.“ (Telegraf, Nr. 111, 14. Mai 1867).

<sup>82</sup> 1867 gehörten dem Landesausschuß u. a. Moritz von Kaiserfeld, Dr. Karl von Stremayr, Dr. Johann Fleckh und Dr. Anton von Wasserfall sowie als Ersatzmann der heftigst kritisierte Dr. Josef Baltl an. Vgl. Johann Pairhuber (Hg.), Die Landesvertretung von Steiermark, Bd. 2, Graz 1872, S. 10 f.

<sup>83</sup> Telegraf, Nr. 109, 11. Mai 1867. Vgl. Tagespost, Nr. 101, 3. Mai 1867; Nr. 105 (A), 8. Mai 1867.

<sup>84</sup> Telegraf, Nr. 128, 4. Juni 1867.

<sup>85</sup> Telegraf, Nr. 148, 29. Juni 1867.

<sup>86</sup> Tagespost, Nr. 164, 19. Juli 1867.

die Bestrebungen der Gemeinde Graz auf Errichtung einer Gemeindeparkasse auf das Jahr 1845 zurück, doch waren wohl die im Zusammenhang mit der Steiermärkischen Sparkasse aufgetretenen Ungereimtheiten mit ausschlaggebend für die 1869 erfolgte Gründung eines gemeindeeigenen Instituts.<sup>87</sup>

## Die „liberale Elite“

### 1. Programm- und Politikformulierung

Das Verbindungsglied dieser teilweise sehr engen persönlichen und später auch wirtschaftlichen Verflechtung dieses Personenkreises nach 1860 bildete die Politik. Bereits 1858 unterbreitete Moritz von Franck dem Kaiser eine **geheime politische Denkschrift**,<sup>88</sup> die er – so das Begleitschreiben – zusammen mit zwei namentlich nicht genannten Freunden verfaßt habe. In einem größeren Kreis von vorwiegend Gutsbesitzern, die sich nur den Winter über in Graz aufhielten und in ihren Zusammenkünften die Landesverwaltung, die finanzielle Lage des Staates sowie die Innen- und Außenpolitik diskutierten, würden alle Verbesserungsvorschläge von dem Ruf „Wüßte es Sr. Majestät! Könnten wir es nur dem Kaiser sagen!“ begleitet. Diese Diskussionen, aber auch die kaiserliche Willensäußerung „Ich will die Wahrheit hören!“ habe ihn und seine zwei Freunde zu diesem Schritt veranlaßt. Durch diese Denkschrift sollten „die politischen Ansichten und Meinungen aller ruhig und wahrhaft patriotisch denkenden unabhängigen Männer der Steiermark [...]“ unterbreitet werden. Wie aus dem beiliegenden Schriftverkehr mit dem Kabinettdirektor zu entnehmen ist, wurde die Denkschrift dem Kaiser am 19. Oktober 1858 übergeben. Im Dezember 1864 vertraute Franck diese Denkschrift seinem Neffen Josef Ritter von Franck mit der Auflage an, diese wie auch die Namen der zwei übrigen Verfasser bis zu deren Ableben geheimzuhalten und sie erst nach diesem Zeitpunkt und nach eigenem Ermessen zu veröffentlichen. Tatsächlich wurde diese Denkschrift weder veröffentlicht noch wurden die Namen der beiden Koautoren genannt. Während sich der eine – Moritz von Kaiserfeld<sup>89</sup> – mit Sicherheit feststellen läßt, bleibt der dritte Autor weiter unbekannt.

Themen, wie die Frage der Lebensfähigkeit kleiner Gemeinden, die (Über-)Organisation der politischen Behörden und die Organisierung des Justizwesens, vor allem aber die Möglichkeiten einer konstitutionellen Neugestaltung des Staates, die in dieser Denkschrift ausführlich behandelt wurden, hatten Kaiserfeld bereits in seinen Artikeln der Jahre 1848–1850 beschäftigt. Auch nach Wiederaufnahme seiner publizistischen Tätigkeit 1859 ging Kaiserfeld wieder ausführlich auf diese Fragen

<sup>87</sup> Telegraf, Nr. 110, 12. Mai 1867; vgl. 140 Jahre Steiermärkische Sparkasse in Graz 1825–1965, hgg. von der Stmk. Sparkasse, Graz 1965, S. 135 f.

<sup>88</sup> Stmk. LA, Familienarchiv Franck-Marenzi, Sch. I; abgedruckt in: Wulfig Rajakovics, Moritz Ritter von Franck (1814–1895). Bürgermeister der Stadt Graz und Landtagsabgeordneter, phil. Diss. Graz 1964. Weiters auszugsweise in: Krones, S. 126 ff.

<sup>89</sup> Kaiserfeld hat zwar (nach Angaben seines Sohnes) sämtliche politischen Manuskripte nach seinem Rückzug aus der Politik verbrannt (Sch. 6), doch befindet sich im Familienarchiv Kaiserfeld (Sch. 3) ein ungeordnetes handschriftliches Manuskript, das mit Ausnahme der Überschriften und nur ganz weniger stilistischer Veränderungen ident mit der von Franck an den Kaiser gesandten Denkschrift ist. Sämtliche an Kaiserfelds Manuskript vorgenommenen Änderungen und Verbesserungen finden sich in Francks „Reinschrift“, der in dem Begleitbrief erklärte, als „bester Stilist“ zur Abfassung der Schrift bestimmt worden zu sein.

ein. Gerade die Frage der Organisation staatlicher und „autonomer“ Verwaltungsbehörden (also Stadions Modell der Doppelgleisigkeit der Verwaltung), ihre Kosten, Vor- und Nachteile nahm auch nach 1861 breiten Raum in den Verhandlungen des Landtages anlässlich der Beratungen des Gemeinde-<sup>90</sup> und Bezirksvertretungsgesetzes<sup>91</sup> ein. Neben dem Konkordat („Das Konkordat hat den Kampf zwischen Staat und Kirche nicht beendet; es hat ihn nur aufgeschoben. Möge die Kirche nie Ursache haben, ihren Sieg zu bedauern.“) geht die Denkschrift ausführlich auf die triste Finanzlage Österreichs, vor allem die enorme Steuerbelastung, ein. Nur wenige Monate vor der Niederlage von Magenta und dem Verlust der Lombardei zeichnet die Denkschrift ein pessimistisches Bild der Auswirkungen der Außen- auf die Innenpolitik („Jeder Krieg kann das Zeichen zum inneren Aufstand sein [...]“).

Aber auch in der Publikation „Beiträge zu den Tagesfragen“<sup>92</sup>, erschienen 1859, setzte sich Moritz von Kaiserfeld eingehend mit der Gemeindegesetzgebung auseinander. Als Alternative zum allseits abgelehnten (Bachschen) Gemeindegesetz von 1859 bietet sich auch für ihn nur Stadions Provisorisches Gemeindegesetz von 1849 an, allerdings nur als Teil einer Gesamtorganisation.

Die in der politischen Denkschrift Francks und Kaiserfelds angesprochene pessimistische Stimmung innerhalb der Bevölkerung geben auch die **Stimmungsberichte** der Grazer Polizeidirektion<sup>93</sup> wieder. So brachte zwar das Laxenburger Manifest eine kurzfristige Besserung der herrschenden Mißstimmung, doch bereits im November/Dezember 1859 führte die angespannte Lage der Staatsfinanzen und die damit verbundenen Steuererhöhungen zu einer neuerlichen Verschlechterung der allgemeinen Stimmung. Erste Schritte in Richtung einer Einbeziehung der Bevölkerung in die notwendigen Reformen wurden zwar begrüßt, waren aber zu zaghaft. So waren im September 1859 in allen Ländern zur Beratung des neuen Gemeindegesetzes<sup>94</sup> sogenannte Vertrauensmännerkommissionen eingesetzt worden. Ihnen gehörten nicht nur Vertreter des Großgrundbesitzes und der Städte, sondern auch der „minder begüterten Schichten“ an.<sup>95</sup> Die über diese Beratungen hinausgehende Bedeutung dieser Kommission zeigt sich auch darin, daß eine Reihe ihrer Mitglieder (Khünburg, Blaschke, Neupauer, Messner, Wasserfall, Ramsauer und Lentschek) nach 1861 als Vertreter der verschiedensten Kurien in den Landtag gewählt wurden, teilweise aber auch schon 1848 politisch aktiv gewesen sind. Trotz oder eben auf Grund dieser zaghaften Versuche stiegen die Zweifel an der Realisierung der versprochenen Reformen. So berichtet die Grazer Polizeidirektion sogar von Befürchtungen über einen möglichen Zerfall der Monarchie.

Ähnlich pessimistisch beurteilte Moritz von Kaiserfeld die wirtschaftspolitische Lage auch in einer Reihe von Zeitungsbeiträgen, so in dem mit „Hoffnungen“ betitelten Artikel vom Mai 1860 („Die stolze ‚Austria‘ ist heute ein krankes Weib.“).<sup>96</sup> Kaiserfelds pessimistische Haltung setzte sich auch nach Erlassung des

auf eine breite Ablehnung stoßenden Oktober-Diploms und der mit ihm erlassenen Landesstatuten fort: „Wir haben einst die stolze Austria mit einem kranken Weibe verglichen. Wohl ist sie todeskrank! Hinweg mit alter Kunst, die rathlos und eigenwillig am Krankenbette steht! Reißt Thüren und Fenster auf, und der neue Meister, der Rettung bringende, er wird sich finden.“<sup>97</sup> Seiner Ansicht nach konnte nur die Ernennung Schmerlings die Rettung bringen: „[...] er ist die letzte Karte, welche wir auszuspielen haben. Der Einsatz ist Oesterreich [...]“.<sup>98</sup>

Die breite Ablehnung des Oktober-Diploms und der mit ihm erlassenen Landesstatuten, die eine Wahl der Landtage durch die Gemeinderepräsentanzen vorsahen, führte vor allem auf Grund dieser Wahlbestimmungen zur Demission des Grazer Gemeinderates,<sup>99</sup> dessen Beispiel auch andere Landeshauptstädte folgten.<sup>100</sup> Rechbauer war schon 1854 aus Protest gegen die Regierungspolitik aus dem Grazer Gemeinderat ausgetreten,<sup>101</sup> nachdem 1852 Neu- und Ergänzungswahlen verboten bzw. die Amtsdauer der Gewählten auf unbestimmte Zeit verlängert wurde.<sup>102</sup> Schließlich wurden freiwerdende Mandate ab 1854 vom Innenminister nachbesetzt.<sup>103</sup> Im November 1860 bestand der Grazer Gemeinderat daher nur mehr aus 25 Mitgliedern, davon waren elf ernannt worden.<sup>104</sup>

Die Ausschreibung der Gemeindevertretungswahlen vom 26. November 1860 auf der Grundlage des Provisorischen Gemeindegesetzes von 1849 bedeutete nicht nur in normativer Hinsicht ein Anknüpfen an das nur kurze Zeit währende parlamentarische Experiment von 1848/49, sondern brachte in der Steiermark auch einen Großteil der politischen Akteure dieser ersten konstitutionellen Phase wieder auf die politische Bühne zurück. 1849 hatte Stadion die „Gemeinde als Grundfeste des freien Staates“ im System der Doppelgleisigkeit der Verwaltung als Teil einer, wenn auch oktroyierten, Gesamtverfassung kreiert. Goluchowskis Rückgriff auf dieses in seinen wesentlichen institutionellen Grundzügen letztlich bis heute geltenden Gemeindegesetzes war einzig von der politischen Notwendigkeit getragen.<sup>105</sup> Das bereits 1851/52<sup>106</sup> angekündigte, aber erst 1859 erlassene Bachsche Gemeindegesetz<sup>107</sup> hatte sich nicht nur auf Grund seiner komplizierten Bestimmungen, sondern vor allem auch der aus allen Kreisen kommenden breiten Ablehnung als undurchführbar erwiesen.

<sup>97</sup> Tagespost, Nr. 279, 3. Dezember 1869.

<sup>98</sup> Tagespost, Nr. 285, 10. Dezember 1860.

<sup>99</sup> Tagespost, Nr. 261, 11. November 1860; Nr. 263, 14. November 1860.

<sup>100</sup> Vgl. Josef Redlich, Das österreichische Staats- und Reichsproblem, Bd. 1, Leipzig 1920, S. 673.

<sup>101</sup> Hubbard, S. 143.

<sup>102</sup> VO vom 18. März 1852, RGBl. 67.

<sup>103</sup> VO vom 23. Februar 1854, RGBl. 46.

<sup>104</sup> So gehörten ihm als Gewählte u. a. der spätere Bürgermeister Albin Alber und Dr. Wasserfall an, hingegen war der spätere Präsident der Grazer Handels- und Gewerbekammer Franz Rieckh ernannt worden. Vgl. Tagespost, Nr. 261, 11. November 1860; Nr. 263, 14. November 1860; Nr. 264, 15. November 1860. Durch die Ausschreibung von Neuwahlen war die Demission hinfällig geworden, und der Grazer Gemeinderat blieb bis zur Angelobung des wiederum nach der Wahlordnung des Statuts von 1850 neu gewählten Gemeinderats im Amt.

<sup>105</sup> Vgl. Jirí Klabouch, Die Gemeindeselbstverwaltung in Österreich 1848-1918, Wien 1968, S. 58.

<sup>106</sup> Klabouch, S. 46 f.

<sup>107</sup> Gemeindegesetz vom 24. April 1859, RGBl. 58.

<sup>90</sup> 1861–1864; Gesetz vom 2. Mai 1864, LGBl. 5/1864.

<sup>91</sup> 1861–1866; Gesetz vom 14. Juni 1866, LGBl. 19/1866.

<sup>92</sup> Stmk. LA, Familienarchiv Kaiserfeld, Sch. 4.

<sup>93</sup> Stmk. LA, Statth. Präs. 5–462/1854.

<sup>94</sup> Gemeindegesetz vom 24. April 1859, RGBl. 58.

<sup>95</sup> Stmk. LA, Statth. Präs. 25–1141/1859; M. I. 3719; Statth. Präs. 25–1141/1859; M. I. 8840 vom 9. September 1859; Statth. Präs. 25–1141/1859 : 3055/1859.

<sup>96</sup> Tagespost, Nr. 73, 29. März 1860.



## 2. Wahlerfolge und politische Dominanz

Anlässlich der Grazer Gemeinderatswahlen<sup>108</sup> (Ende Dezember 1860) sowie der Landtagswahlen im März/April 1861 war die Gruppe um Moritz von Kaiserfeld und Moritz von Franck entscheidend an der Neuverteilung der politischen „Karten“ und damit am politischen Machteinfluß im Herzogtum Steiermark beteiligt. Ein Paradebeispiel für die breite Akzeptanz dieser Personengruppe innerhalb der politisch interessierten Bevölkerung bietet die Wählerversammlung der Wahlbezirke Graz-Stadt und Graz-Vorstädte im ständischen Redoutensaal vom 24. März 1861. Bei der Verlesung des Ergebnisses einer Probewahl wurden die Namen von Dr. Josef Kaiserfeld, Dr. Rechbauer, Dr. Wasserfall und Dr. Stremayr mit „Bravo“-Rufen akklamiert, im Unterschied zu anderen, wie dem Magistratsdirektor Söldner, aber auch Freiherrn von Kalchberg, die nur wenige Stimmen erhielten. Ebenso erhielten Prof. Oskar Schmidt<sup>109</sup> und der ehemalige Landesgouverneur Graf Wickenburg begeisterte „Bravo“-Rufe.<sup>110</sup> Wie überhaupt fast in allen Wählerversammlungen<sup>111</sup> und Kandidatenlisten<sup>112</sup> immer wieder dieselben Namen genannt wurden: Rechbauer, Stremayr, Josef von Kaiserfeld und Wasserfall. Den Ergebnissen dieser Probewahlen entsprechend verliefen dann auch die Wahlen selbst. Während Rechbauer und Josef von Kaiserfeld im Wahlbezirk Graz-Stadt bereits im ersten Wahlgang mit 68,5 % bzw. 62,3 %<sup>113</sup> gewählt wurden,<sup>114</sup> mußten Stremayr und Wasserfall im Wahlbezirk Graz-Vorstädte<sup>115</sup> in eine Stichwahl<sup>116</sup> gehen, in der sie dann aber mit jeweils über 70 % der abgegebenen Stimmen gewählt wurden.<sup>117</sup> Ein Indiz für den großen Bekanntheitsgrad einiger weniger Personen im gesamten Land einerseits, aber auch die noch mangelhafte Organisation der „Liberalen“ andererseits ist die relativ große Anzahl von Doppel- und sogar Dreifachwahlen.<sup>118</sup> So wurde Rechbauer, obwohl er nur in Graz kandidiert hatte, in der Städtekurie sowohl vom Wahlbezirk Liezen als auch Frohnleiten<sup>119</sup> gewählt. Die wahlberechtigten Ausseer, die Rechbauers Namen in Gold auf ihre Fahnen geschrieben hatten, waren

<sup>108</sup> Zum Grazer Gemeinderatswahlkampf des Jahres 1860/61 siehe Ableitinger/Marko-Stöckl/Stocker, S. 506 ff.

<sup>109</sup> Prof. Oskar Schmidt wurde nach mehreren erfolglosen Versuchen 1868 in einer Nachwahl von der Städtekurie Windischgraz gewählt. 1872 folgte er einer Berufung an die Universität Straßburg. In einem Wahlaufuf wandte sich der Protestant und Neo-Österreicher 1861 an die Wahlberechtigten der Vorstädte Graz: „Die Entwicklung, der wir jetzt entgegengehen, ist für mich nicht neu; ich erreiche nur wieder und helfe erringen, was ich früher an politischen Freiheiten schon besessen.“ (Telegraf, Nr. 69, 21. März 1861).

<sup>110</sup> Telegraf, Nr. 73, 26. März 1861, Beilage.

<sup>111</sup> Z. B. Wählerversammlung am Graben (Josef von Kaiserfeld, Stremayr, Wasserfall).

<sup>112</sup> „Strenge Parteilosigkeit“ (Stremayr, Rechbauer), „Die liberalen Wähler von Graz“ (Rechbauer, Stremayr), Kandidatenliste des „Telegraf“ (Josef von Kaiserfeld, Rechbauer, Stremayr) und Kandidatenliste der Beamten der Finanzlandesdirektion (Rechbauer, Stremayr, Wasserfall und Josef von Kaiserfeld).

<sup>113</sup> Bei einer Wahlbeteiligung von knapp 67 %. Von insgesamt 669 Wahlberechtigten übten 448 ihr Wahlrecht aus.

<sup>114</sup> Tagespost, Nr. 72, 27. März 1861.

<sup>115</sup> Tagespost, Nr. 72, 27. März 1861; Telegraf, Nr. 73, 27. März 1861.

<sup>116</sup> Tagespost, Nr. 73, 28. März 1861.

<sup>117</sup> Während in diesem Wahlbezirk die Wahlbeteiligung im ersten Wahlgang bei 57 % lag, sank sie in der Stichwahl auf 37 % ab.

<sup>118</sup> Den Rekord hielt Schermerling mit einer 16fachen Wahl. Vgl. Tagespost, Nr. 71, 26. März 1861.

<sup>119</sup> Tagespost, Nr. 78, 3. April 1861; Telegraf, Nr. 77, 1. März 1861.

in 21 Wagen zur Wahl nach Liezen gekommen. Seine Wahl wurde schließlich durch Absingen der Volkshymne, Böllerschüsse und Fahنشwingen gefeiert.<sup>120</sup> In den durch diese Dreifachwahl notwendig gewordenen Nachwahlen wurde in Liezen der Bezirksvorsteher Dr. Karl Reicher<sup>121</sup> und in Frohnleiten auf Vorschlag Rechbauers Prof. Dr. Gustav Schreiner gewählt. Zu einer weiteren Doppelwahl kam es im Wahlbezirk Hartberg, wo es bereits 1861 zu ersten Auseinandersetzungen zwischen Liberalen und Klerikalen kam. Nachdem Moritz von Kaiserfeld wegen seiner Kandidatur in der Landgemeindenkurie definitiv abgesagt hatte, einigten sich die Liberalen nach heftigen Diskussionen und trotz dessen Kandidatur in Graz auf Dr. Josef von Kaiserfeld, der die notwendige absolute Mehrheit im ersten Wahlgang nur um eine Stimme verfehlte und so erst in der Stichwahl (einstimmig, nachdem die übrigen Wähler den Wahlort verlassen hatten) gewählt wurde.<sup>122</sup> Da Kaiserfeld das Grazer Mandat annahm, mußte eine Ersatzwahl durchgeführt werden, in der schließlich der Weizer Gewerke und langjährige Bürgermeister Balthasar Mosdorfer 259 der insgesamt 335 abgegebenen Stimmen erhielt.<sup>123</sup>

Moritz von Kaiserfeld (in Weiz) und Moritz von Franck (in Leibnitz) wurden in der Landgemeindenkurie praktisch ohne Wahlkampf gewählt, Kaiserfeld sogar per Akklamation,<sup>124</sup> nachdem der zweite Kandidat Johann Paierhuber<sup>125</sup> auf eine Gegenkandidatur verzichtet hatte.

Wie schon 1848 anlässlich der Wahlen zum Konstituierenden Reichstag, gestaltete sich auch diesmal die Kandidatur des langjährigen Landeshauptmannes (1861–1870) Graf Gleispach, wieder im Wahlbezirk Städtekurie Fürstenfeld, relativ problematisch. So mußte er 1861 in einer Wählerversammlung neuerlicher Bedenken zerstreuen, die gegen ihn als Adelige, der in der Städtekurie kandidierte, erhoben wurden. Ausschlaggebend für seine Wahl dürfte aber letztlich der Verzicht des zweiten liberalen Kandidaten Dr. Altmann gewesen sein.<sup>126</sup> Ebenfalls von seinem „alten“ Wahlbezirk Bruck<sup>127</sup> war Dr. Carl Stremayr in einer Wählerversammlung von Müzzuschlag und Kindberg zum Kandidaten für die Städtekurie gewählt worden, die Wahl konnte aber letztlich der Kapfenberger Advokat und Gemeindevorstand Dr. Wannisch für sich entscheiden. Zum einen hatte der Wahlkommissär die Wähler auf die aussichtsreiche Kandidatur Stremayrs in Graz hingewiesen, zum anderen gaben schließlich die vielen in Kapfenberg wahlberechtigten Bauern den Ausschlag für Wannisch.<sup>128</sup>

Die seit 1861 unbestrittene Dominanz dieser kleinen politischen Elite zeigt sich auch am Phänomen des „Kurien-Springens“. Vergleichbar den modernen „zentralen

<sup>120</sup> Tagespost, Nr. 76, 31. März 1861; Telegraf, Nr. 77, 31. März 1861.

<sup>121</sup> Vater des späteren Landtags- und Reichsratsabgeordneten Dr. Heinrich Reicher.

<sup>122</sup> Von insgesamt 246 abgegebenen Stimmen entfielen 122 auf Kaiserfeld, 26 auf Landesbaudirektor Kink, der sowohl in Graz als auch in der Landgemeindenkurie erfolglos kandidiert hatte, während der Kandidat der Klerikalen, der Pöllauer Dechant März, 98 Stimmen erhielt. Tagespost, Nr. 73, 28. März 1861, und Nr. 77, 2. April 1861.

<sup>123</sup> Tagespost, Nr. 82 (A), 8. April 1861.

<sup>124</sup> Tagespost, Nr. 68, 22. März 1861.

<sup>125</sup> Von 1861 bis 1870 vertrat er den Landgemeindenwahlbezirk Radkersburg im Landtag. 1870 wechselte er in die Städtekurie, der er als Vertreter des Wahlbezirks Fürstenfeld bis 1885 angehörte.

<sup>126</sup> Altmann kandidierte auch in der Landgemeindenkurie Feldbach, wurde aber erst 1867 in den Landtag gewählt. Tagespost, Nr. 75, 30. März 1861.

<sup>127</sup> 1848 war er vom Wahlbezirk Bruck-Kindberg in die Frankfurter Nationalversammlung gewählt worden.

<sup>128</sup> Tagespost, Nr. 76, 31. März 1861.

Parteinotwendigkeiten“ wurden bedeutende Persönlichkeiten, wie Kaiserfeld und Stremayr, nach einer Niederlage in einer Kurie einfach auf einem „sicheren“ Mandat einer anderen Kurie plaziert. Durch die rasanten Gewinne der Katholisch-Konservativen bedeutete dies in den sechziger und frühen siebziger Jahren in der Regel den „Umstieg“ von der Landgemeinden- auf die Städtekurie: so etwa Carl von Stremayr und Dr. Alois Schloffer nach der Niederlage in der Landgemeindenkurie Leibnitz<sup>129</sup> oder Moritz von Kaiserfeld, der nach seiner Niederlage in der Landgemeindenkurie Weiz 1870<sup>130</sup> von der Städtekurie Hartberg gewählt wurde. Aber auch die Handels- und Gewerbekammern von Graz und Leoben, die je drei Abgeordnete zu wählen hatten, stellten ihre Mandate für diese „Parteinotwendigkeiten“ zur Verfügung. So entschloß sich 1870 die Handelskammer Graz, mit der Wahl ihrer Abgeordneten bis zum Abschluß der Wahlen in der Städtekurie zu warten, um dann nach telegrafischer Vorlage des Wahlergebnisses den zuvor bereits in der Landgemeindenkurie gescheiterten Moritz von Kaiserfeld nach einem eventuell neuerlichen Mißerfolg wählen zu können. Auch Rechbauer wurde in diese „Sicherheitsmaßnahmen“ einbezogen.<sup>131</sup> Gleiche „Vorkehrungen“ traf 1870 die Handelskammer Leoben für Stremayr.<sup>132</sup> Zusätzlich bot sich seit 1861 die Kurie des Großgrundbesitzes als garantiertes Rückzugsgebiet, aber auch als politisches „Ausgedinge“ an, so etwa für Graf Gleispach (1871) und Josef von Kaiserfeld (1878), während etwa Franck und Moritz von Kaiserfeld (der immer wieder entscheidend an der Formierung von Wahlcomités und Kandidatenlisten dieser Kurie mitgewirkt hatte), die selbst im Großgrundbesitz wahlberechtigt waren, nie in dieser Kurie kandidierten. Auch Stremayr, mit kurzer Unterbrechung seit 1870 Kultusminister, mußte anläßlich der Reichsratswahlen von 1878 von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Bereits 1873 hatte er in einer Art Vorwahlkampf größte Probleme, sich gegen seinen „jung-liberalen“ Gegenkandidaten Scholz im Wahlbezirk Städtekurie Leibnitz durchzusetzen. Als er 1879 dem konservativen Gegenkandidaten unterlag, wurde er vom Großgrundbesitz der Bukovina in den Reichsrat gewählt.<sup>133</sup>

Neben Stremayr, dessen politische Karriere ihn bis zum langjährigen Kultusminister und 1879 sogar kurzzeitigen Vorsitzenden des Ministerrates führte, konnten auch die meisten übrigen Mitglieder dieser steirischen liberalen Elite als Abgeordnete die Politik des Reichsrates maßgebend mitbestimmen. Gemeinsam mit einer Reihe von Abgeordneten aus anderen innerösterreichischen Kronländern vertraten Moritz von Kaiserfeld, Rechbauer, Fleckh und Carneri im Reichsrat als „Autonomisten“ zwei politische Hauptforderungen: den Schutz der den Kronländern durch die Landesordnungen des Februarpatents gegebenen Autonomie sowie den staatsrechtlichen Ausgleich mit Ungarn, der in einem eigenen Programm, dem wesentlich von Moritz von Kaiserfeld mitgestalteten „Ausseer Programm“ vom Herbst 1866, vehement gefordert wurde.<sup>134</sup> Die Übernahme eines Ministeramtes in der Regierung Potocki durch Rechbauer scheiterte an dessen politischen Vorstel-

lungen.<sup>135</sup> Rechbauers politischer Höhepunkt wurde damit die Wahl zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses (1873–1878), ein Amt, das zuvor bereits Moritz von Kaiserfeld (1868–1870) inne hatte.

### 3. Politische Konkurrenz

Während die Konservativen gegen Ende der sechziger Jahre um Maassen, Gudenus, Karlon und die Brüder D’Avernas eine „Partei“ aufbauen konnten und mit den über das ganze Land verstreuten Katholisch-Konservativen Vereinen über eine starke, vor allem von den Pfarrern organisierte breite Basis verfügten und auf dieser Grundlage bis zur Jahrhundertwende sukzessive sämtliche Mandate der Landgemeindenkurie eroberten (mit Ausnahme der untersteirischen)<sup>136</sup>, fehlte den Liberalen ein ähnlich starker „Nachwuchs“, um Persönlichkeiten wie Rechbauer, Kaiserfeld und Co. lückenlos ersetzen zu können. Bis zu den Landtagswahlen von 1867, die einen klaren Sieg der Slowenen in den untersteirischen Landgemeindewahlbezirken brachten, gab es praktisch keine politisch relevante Kraft, die eine wirkliche Herausforderung für die Liberalen dargestellt hätte. Einer der Hauptgründe dafür war die Haltung des Seckauer Bischofs Ottokar Graf Attems (1815–1867), der die Teilnahme der Kirche an den politischen Auseinandersetzungen ablehnte. Da er mit dieser Haltung auch auf den Bischof von Lavant erfolgreich einwirken konnte, fehlte den Katholisch-Konservativen in der Steiermark (etwa im Unterschied zu Tirol) jeder politische Rückhalt.<sup>137</sup> Dies änderte sich allerdings rasch nach Attems’ Tod und den Maigesetzen von 1868. Die steirischen Konservativen, die seit Beginn des Jahres 1868 über ein eigenes Organ, das „Grazer Volksblatt“<sup>138</sup>, verfügten, beteiligten sich bereits 1869 (mit Prof. Maassen als Kandidat) am Wahlkampf zur Nachwahl in der Städtekurie Vorstädte Graz.

### 4. Interne Differenzierung: Besitzbürgertum vs. Intelligenz

Der Wahlkampf hatte sich aber nicht nur durch die Kandidatur der Konservativen verändert, auch auf liberaler Seite ist eine deutliche Veränderung festzustellen. So ist auch der von Franck in einem Brief an Stremayr beklagte Mangel an Kandida-

<sup>135</sup> – Festhalten an der Verfassung; jede Verletzung der Verfassung ist ein Rechtsbruch;  
 – Reform der Reichsvertretung durch Bildung einer Volkskammer auf Grundlage direkter Wahlen; Umgestaltung des Herrenhauses;  
 – Die Bildung neuer staatsrechtlicher Gebilde innerhalb der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder ist unzulässig;  
 – Erlassung eines freisinnigen Nationalitätengesetzes unter Wahrung der den Deutschen nach Geschichte, Zahl, Bildung und Vermögen gebührenden hervorragenden Stellung;  
 – Fernhalten jedes störenden Einflusses auf die Gestaltung Deutschlands;  
 – Einführung eines Milizsystems.

Vgl. Wurzbach, Bd. 25, S. 87 ff.; Tagespost, Nr. 5, 5. Jänner 1889.

<sup>136</sup> Vgl. Edith Marko-Stöckl, Die Entwicklung des katholisch-konservativen Lagers in der Steiermark (1861–1874), [in Druck].

<sup>137</sup> Herbert Wettinger, Die österreichischen Verfassungsfragen im steirischen Landtag und der steirischen Öffentlichkeit (1860–1867), phil. Diss. Graz 1968, S. 30 f.

<sup>138</sup> Zur Entwicklung der Katholisch-Konservativen und insbesondere des „Grazer Volksblatts“ siehe Karl Schwegler, 60 Jahre Grazer Volksblatt. Ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung in Steiermark, Graz–Wien o. J.

<sup>129</sup> Stremayr wurde von der Städtekurie Leibnitz gewählt, Schloffer von der Städtekurie Vorstädte Graz.

<sup>130</sup> Baron Gudenus, der Kandidat der Konservativen, erhielt 111 Stimmen, gegenüber nur 12 für Moritz von Kaiserfeld. Tagespost, Nr. 164, 24. Juni 1870.

<sup>131</sup> Tagespost, Nr. 159, 19. Juni 1870.

<sup>132</sup> Grazer Volksblatt, Nr. 133, 14. Juni 1870.

<sup>133</sup> Gertrud Elisabeth Zündel, Karl von Stremayr, phil. Diss. Wien 1944, S. 164.

<sup>134</sup> Krones, S. 175 ff., 254 ff.

ten („Ihr draußen [in Wien] suchet Ministerpräsidenten – ich finde nicht einmal einen Abgeordneten in den Landtag für die Vorstädte Graz!“<sup>139</sup>) wohl weniger quantitativ als (seiner Meinung nach) qualitativ zu verstehen.

Die liberalen Kandidaten repräsentierten einfach das sich immer stärker aufwächernde liberale Spektrum. Einerseits traten die Vertreter des Gewerbes auf, das vehement wenigstens eines der vier Grazer Landtagsmandate für sich beanspruchte, zum anderen artikulierten sich hier die seit 1867 entstandenen politischen Vereine, vor allem der Demokratenverein. Während die liberale „Tagespost“, die Francks pessimistische Einstellung bezüglich der liberalen Kandidaten übernahm, mit Verweis auf frühere Formen der Kandidatennominierung, vor allem 1867, als diese im „stillen Kämmerlein“ von „einem kleinen Kreise Auserwählter der Bevölkerung aufgedungen“ wurden,<sup>140</sup> den nun stattfindenden „wirklichen Wahlkampf“ positiv beurteilte, warnte sie andererseits doch vor einer Schwächung der liberalen Partei durch den sich zwischen „Bürgerstand“ und „Intelligenz“ abzeichnenden Gegensatz.<sup>141</sup> Tatsächlich kam es zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Repräsentanten dieser beiden sozialen Gruppen, das schließlich die „Intelligenz“ nur knapp für sich entscheiden konnte.<sup>142</sup> Neben der „jungen Intelligenz“, deren Rückhalt die politischen Vereine waren, geriet die „alte liberale Elite“ unter den Druck des nach größerer politischer Repräsentation strebenden Besitzbürgertums, besonders des Gewerbes. Gerade in dieser ersten Phase des parlamentarischen Lebens war der Anteil von Großgrundbesitzern, Freiberuflern (vor allem Advokaten) und Beamten im Vergleich zu Industriellen und Gewerbetreibenden ungleich höher, ebenso deren Verweildauer im Landtag.<sup>143</sup> So gehörte etwa der Lederfabrikant und langjährige Präsident der Grazer Handels- und Gewerbekammer (1861–1870) Franz Rieckh niemals dem Landtag an, übte aber als Mitglied der liberalen Wahlcomités von 1861 bis 1870 entscheidenden Einfluß auf die Nominierung der liberalen Kandidaten aus. Auch andere einflußreiche Industrielle und Gewerbetreibende dieses ersten Jahrzehnts (wie der Eisenfabrikant Josef Körösi, der Handelsmann Georg Koch oder der Brauereibesitzer Johann Peter Reininghaus), die dem Landtag gar nicht oder nur für kurze Zeit angehörten, übten als Mitglieder diverser liberaler Wahlcomités dennoch entscheidenden Einfluß auf die Landespolitik aus.

### 5. Der Generationenwechsel

Moritz von Franck zog sich 1871 als erster Vertreter dieser so einflußreichen liberalen Elite aus der aktiven Politik zurück. Bereits 1870, anlässlich seines Rück-

tritts als Grazer Bürgermeister,<sup>144</sup> legte er in einem Brief an seinen Freund Carl von Stremayr die Gründe für seinen sukzessiven Rückzug aus der aktiven Politik dar:<sup>145</sup> „Die Jugend soll heran – soll das, was sie in sich birgt, zur Geltung bringen – ich bin schon öfters in Konflikt gekommen mit mir selber – weil ich die alten Gedanken nicht los werden kann – und andererseits den schwärmerischen Ideen der heutigen Generation nicht abhold sein kann!“<sup>146</sup>

Auch Graf Gleispach, Landeshauptmann von 1861 bis 1870, zog sich bereits 1873 aus der Politik zurück, doch dürfte dieser Schritt wohl in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen (öffentlich bekannten) schweren finanziellen Verlusten gestanden sein.<sup>147</sup> Hingegen blieben bis in die achtziger Jahre hinein Rechbauer (1886), Moritz von Kaiserfeld (1884) und Josef von Kaiserfeld (1881) politisch aktiv.

Der von Moritz von Franck<sup>148</sup> angesprochene Konflikt zwischen „Alten“ und „Jungen“ innerhalb des liberalen Spektrums trat anlässlich des Landtagswahlkampfes von 1870 massiv zutage. Sowohl bei der Einladung zur Bildung eines Zentralwahlcomités als auch in diesem selbst war kein einziger Vertreter der „alten Liberalen“ mehr vertreten. Von Moritz von Kaiserfeld und Dr. Carl Rechbauer wurde sogar kolportiert, daß sie dem liberalen Zentralwahlcomité „dem Vernehmen nach [...] fernstehen“.<sup>149</sup> Die Initiative war auf den Demokratenverein und den Volksbildungsverein, aber auch den Gewerbeverein übergegangen.<sup>150</sup> Die immer stärker werdende Konkurrenz der Katholisch-Konservativen einerseits sowie der sich verschärfende Nationalismus führte auf liberaler Seite in den folgenden Jahren zur Ausbildung einer neuen Politikergeneration, die sich aber dank des 1861 verankerten und durch die Einführung einer Allgemeinen Wählerkurie (1904) nur geringfügig demokratisierten Kurienwahlrechts im steirischen Landtag bis 1918 an der Macht halten konnte.

<sup>144</sup> Franck wurde zweimal zum Grazer Bürgermeister gewählt: 1861 (bis 1864) und neuerlich 1867. Bei seiner ersten Angelobung hatte er darauf bestanden, den Amtseid auf die Verfassung abzulegen. Vgl. Rajakovic, Franck, S. 8.

<sup>145</sup> So gehörte er dem anlässlich der ersten direkten Reichsratswahlen von 1873 eingesetzten liberalen Wahlcomité an. Grazer Zeitung, Nr. 225, 1. Oktober 1873.

<sup>146</sup> Molisch, Briefe Franck, S. 120.

<sup>147</sup> Grazer Volksblatt, Nr. 256, 7. November 1873.

<sup>148</sup> Siehe oben.

<sup>149</sup> Grazer Zeitung, Nr. 218, 19. August 1871.

<sup>150</sup> Tagespost, Nr. 142, 30. Mai 1870; Nr. 143, 31. Mai 1870; Nr. 146 (A), 3. Juni 1870.

<sup>139</sup> Molisch, Briefe Franck, S. 119.

<sup>140</sup> Tagespost, Nr. 100, 17. April 1869.

<sup>141</sup> Tagespost, Nr. 106, 23. April 1869.

<sup>142</sup> Mit nur geringem Vorsprung siegte Prof. Peters in der Stichwahl über den Grazer Vizebürgermeister Alois Fidelius Remschmidt. Mit ausschlaggebend für diesen Wahlausgang dürfte die Wahlempfehlung der Katholisch-Konservativen für Remschmidt, der als „das kleinere Übel“ bezeichnet wurde, gewesen sein, da nun viele Sympathisanten der „Bürgerpartei“ Remschmidt fallen ließen. Vgl. Grazer Volksblatt, Nr. 98, 30. April, und Nr. 100, 2. Mai 1869.

<sup>143</sup> Vgl. Edith Marko-Stöckl, Die politische Repräsentation des Bürgertums in der Steiermark 1861–1914, in: Ernst Bruckmüller/Ulrike Döcker/Hannes Stekl/Peter Urbanitsch (Hg.), Bürgertum in der Habsburgermonarchie, Wien–Köln 1990, S. 244 ff.